

# Forschung und Politik: ein Zusammenspiel mit vielen Gesichtern

HINTERGRUND



# Ob hinter den Kulissen oder vor dem Mikrophon: ETH-Forschende nehmen gegenüber der Politik verschiedene Rollen ein. Zwei davon haben wir genauer unter die Lupe genommen.

**«Aus wissenschaftlicher Evidenz allein folgt nie eine klare Handlungsanleitung. Die Verantwortung, zu entscheiden, obliegt der Politik.»**

Woher kommt künftig unser Strom? Was bedeutet der Krieg in der Ukraine für die Sicherheitspolitik der Schweiz? Und welche Auswirkungen hat künstliche Intelligenz auf die Wirtschaft? Es ist die Aufgabe der Politik, Lösungen für diese und viele andere Herausforderungen zu erarbeiten. Um das erfolgreich machen zu können, ist sie auf den Input der Wissenschaft angewiesen.

Zig Forschende der ETH Zürich tauschen sich regelmässig mit Vertreter:innen der Politik und Verwaltung aus: Sie stellen Daten zur Verfügung, berechnen Szenarien, erklären Zusammenhänge, bewerten Lösungsvorschläge oder warnen vor Gefahren. Sie tun dies in ganz unterschiedlichen Formaten wie etwa in Taskforces, Kommissionen und parlamentarischen Anhörungen, aber auch in Beratungsgesprächen und öffentlichen Vorträgen.

Welche Rolle Forschende dabei einnehmen, hängt stark vom jeweiligen Thema, aber auch von ihrer Persönlichkeit ab. Oft wirken sie still und unbemerkt im Hintergrund, manchmal nutzen sie aber auch die mediale Aufmerksamkeit, um auf Probleme hinzuweisen.

## Hinter den Kulissen

Als im Februar 2022 russische Truppen in die Ukraine einmarschierten, waren Expertinnen und Experten des Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich fast täglich in den Medien, um die dramatischen Ereignisse zu analysieren. Doch auch abseits der medialen Bühne hatten die Forschenden alle Hände voll zu tun, ohne dass dies an die Öffent-

lichkeit drang: «Wir haben Bundesräte, Parlamentarier und leitende Kader in der Bundesverwaltung dabei unterstützt, die Folgen des Krieges auf die Schweizer Sicherheitspolitik einzuordnen», erklärt Andreas Wenger.

Wenger ist ETH-Professor für Sicherheitspolitik und seit 2002 Direktor des CSS. Sein Institut erfüllt offizielle Mandate für das Schweizer Verteidigungs- und Aussendepartement. Der ETH-Professor steht für einen kontinuierlichen und institutionalisierten Dialog mit der Schweizer Politik und Verwaltung. Die Menschen, die er berät, trifft er regelmässig. Er kennt die meisten seit vielen Jahren. «Wissenschaftliche Politikberatung braucht gegenseitiges Vertrauen, Respekt für die Expertise des Gegenübers und ein Verständnis für die Rollenverteilung zwischen Politik und Wissenschaft», erklärt er.

Die Politik sollte sich bewusst sein, dass wissenschaftliche Ergebnisse nie völlig in Stein gemeisselt sind und sich Forschende auch widersprechen. Die Wissenschaft hingegen müsse verstehen, dass politische Entscheidungsträger Wissen meist strategisch einsetzen, um gesellschaftliche Interessens- und Wertekonflikte zu lösen: «In der Politik ist Wissen ein Mittel zum Zweck. Daher gibt es immer das Risiko, dass Forschungsergebnisse instrumentalisiert werden», sagt Wenger. Doch wie geht er selbst damit um?

«Viele unserer Aktivitäten finden in einem sehr frühen Stadium des Gesetzgebungsprozesses statt, wenn die Verwaltung am Zug ist und Themen noch

nicht stark politisiert wurden. Dann ist die Offenheit gegenüber wissenschaftlichen Inputs grösser», sagt der Professor für Sicherheitspolitik. Steht die politische Position zu einem Thema erst fest oder lässt sich eine Frage gar nicht wissenschaftlich beantworten, wird der Spielraum für substantielle Beiträge seiner Mitarbeitenden kleiner. «In solchen Fällen haben wir auch schon Aufträge für Studien oder Beratungen abgelehnt», erklärt Wenger.

### Auf der medialen Bühne

Eine ganz andere Rolle gegenüber der Politik nimmt ETH-Klimawissenschaftler Reto Knutti ein. Gemeinsam mit über 250 anderen Forschenden hat er sich im

April in einer öffentlichen Stellungnahme, in den Sozialen Medien und in zahlreichen Interviews für das Klimaschutzgesetz ausgesprochen. Knutti brachte sich damit zu einem Zeitpunkt in den Gesetzgebungsprozess ein, der nicht politisierter und emotionsgeladener sein könnte: im Abstimmungskampf.

Doch der ETH-Professor ist alles andere als blauäugig. Er ist sich bewusst, dass sein Engagement auch Risiken birgt: «Natürlich nimmt mich eine kleine Minderheit nicht mehr als neutralen Beobachter wahr. Doch sich nicht einzubringen, hat einen höheren Preis: für den Planeten, für die Gesellschaft und für den Wert von Fakten und Wissenschaft im politisch-medialen Diskurs.»

Knutti sieht es als seine Pflicht, sich bei Volksentscheiden einzubringen, in denen wissenschaftliche Zusammenhänge eine zentrale Rolle spielen. Entscheidend dabei sei, dass sich Forschende bei der Beurteilung politischer Vorlagen vor allem auf wissenschaftliche Fakten stützen. Zudem sollten sie ihre Interessen sowie die Grundlage für ihre Haltung transparent machen und auch mögliche andere Einschätzungen offen diskutieren. «Wenn wir uns als Expert:innen nicht einbringen und klarstellen, was den Tatsachen entspricht und was nicht, werden andere Akteure mit starken Partikularinteressen ihre eigenen Interpretationen liefern», erklärt der Klimaphysiker.

### Wann bezieht die ETH Stellung?

Im Gegensatz zu einigen Forschenden bezieht die ETH Zürich als Institution nicht öffentlich Stellung zu politischen Vorlagen, es sei denn, sie betreffen die Forschungspolitik. «Wenn es um die Rahmenbedingungen für Bildung, Forschung und Wissenstransfer geht, setzt sich die ETH für ihre Interessen in Bern ein», sagt Norbert Staub, der im Stab des ETH-Präsidenten für die Politikbeziehungen der Hochschule verantwortlich ist. Neben der Kontaktpflege mit wichtigen Politiker:innen zählt dazu etwa die Organisation von Informationsanlässen für Delegationen aus dem Parlament.

Manchmal reicht sein Wirken auch über die Grenzen von Bundesbern hinaus: Zusammen mit Partnern aus dem ETH-Bereich und dem britischen Hochschulsektor hat er eine Kampagne für die Vollasoziiierung der Schweiz beim Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe geführt. Für dieses Anliegen setzen sich auch verschiedene ETH-Forschende immer wieder öffentlich ein.



### Am Ende entscheidet die Politik

«An der ETH Zürich ist Platz für viele Rollenverständnisse. Forschende haben, basierend auf ihrer akademischen und persönlichen Freiheit, das Recht, sich zu politischen Vorlagen zu äussern», sagt Benedikt Knüsel. Der ETH-Alumnus ist an der ETH Zürich die zentrale Ansprechperson für Vertreter:innen von Politik und Verwaltung sowie für Forschende, die sich für wissenschaftliche Politikberatung interessieren. Knüsel koordiniert die zahlreichen Aktivitäten, mit denen sich ETH-Forschende bereits heute an die Politik richten, und entwickelt neue Gefässe für den Dialog mit politischen Entscheidungsträgern. Zudem erarbeitet er gerade einen Leitfaden, der Forschende im Umgang mit der Politik unterstützen soll.

Benedikt Knüsel ermutigt Forschende, ihre Expertise bei politischen Themen ihres Fachgebiets einzubringen. Dabei empfiehlt er ihnen, sich auf die Bedürfnisse der Politik einzulassen und ihre Fachkenntnisse zu nutzen, um verschiedene Handlungsoptionen zu identifizieren und zu bewerten, ohne sich klar für eine Option auszusprechen. «Aus wissenschaftlicher Evidenz allein folgt nie direkt eine klare Handlungsanleitung. Die Verantwortung, zu entscheiden, obliegt am Ende der Politik.»



#### Politik-Workshop im November

Was die verschiedenen Rollen im Politdialog in der Praxis bedeuten, erfahren ETH-Forschende in einem eintägigen Politik-Workshop, den Benedikt Knüsel am 17. November 2023 gemeinsam mit der Hochschulkommunikation im Rahmen der Communication Academy anbietet. [www.ethz.ch/communication-academy-de](http://www.ethz.ch/communication-academy-de)